

Transnationales Donaauraumprogramm 2014 - 2020

Auszüge aus dem Kooperationsprogramm

Informelle deutsche Übersetzung von Teilen des „Danube Transnational
Cooperation Programme“

Im Zweifel gültig ist die englische Fassung.

März 2016

Übersetzung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Inhalt

Prioritätsachse 1: Innovativer und sozial verantwortlicher Donauraum.....	5
Spezifisches Ziel 1.1: Bessere Rahmenbedingungen für Innovationen.....	5
Spezifisches Ziel 1.2: Verbesserung der Kompetenzen für geschäftliche und soziale Innovationen..	7
Prioritätsachse 2: Umwelt- und kulturbewusster Donauraum.....	10
Spezifisches Ziel 2.1: Stärkung eines transnationalen Wassermanagements und Hochwasserschutzes	10
Spezifisches Ziel 2.2: Nachhaltige Nutzung natürlicher und kultureller Ressourcen	12
Spezifisches Ziel 2.3: Erneuerung und Management ökologischer Korridore	14
Spezifisches Ziel 2.4: Bessere Vorbereitung auf das Management von Umweltrisiken	16
Prioritätsachse 3: Vernetzter und energieeffizienter Donauraum.....	18
Spezifisches Ziel 3.1: Umweltfreundlicher, sicherer Verkehr und ausgewogene Anbindung städtischer und ländlicher Räume.....	18
Spezifisches Ziel 3.2: Verbesserte Energiesicherheit und Energieeffizienz.....	20
Prioritätsachse 4: Gut verwalteter Donauraum	23
Spezifisches Ziel 4.1: Verbesserte institutionelle Möglichkeiten, um gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen.....	23
Spezifisches Ziel 4.2: Beitrag zur Steuerung und Umsetzung der EU-Donauraumstrategie	25

Prioritätsachse 1: Innovativer und sozial verantwortlicher Donauraum

Spezifisches Ziel 1.1: Bessere Rahmenbedingungen für Innovationen

Es ist weitestgehend anerkannt, dass innovative Kapazität und nachhaltige Forschungs- und Innovationsstrukturen vom Zusammenspiel von Rahmenfaktoren bestimmt werden, welche Wissen in neue Produkte, Prozesse und Organisationsformen umwandeln, die wiederum die Entwicklung und das Wachstum der Wirtschaft fördern. Die Rahmenbedingungen für Innovationen vereinen Wissenschaft, Technologie und nichttechnologische Potentiale, d. h. Qualität und Reichweite der staatlichen Lenkung von Innovationen, eine exzellente Forschungsinfrastruktur, effektive Technologietransfereinrichtungen, ein gesundes Banken- und Finanzsystem, (Hoch-) Schulbildungs- und Weiterbildungssysteme und eine innovationsfreundliche Umwelt, und wandeln sie in institutionelle Kapazität um.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovationen, was institutionelle Zusammenarbeit und politische Instrumente, die praxisorientierte Vernetzung zwischen Unternehmen, FuE-Einrichtungen, Hochschulen, Behörden und Verbrauchern, dem so genannten Quadruple-Helix-Modell, angeht, ist eine wichtige Herausforderung für weite Teile der Donauregion, wie im Analysekapitel dargestellt. Eine mangelnde Vernetzung zwischen Wissenschaftszentren, Bildung, Behörden und KMU ist das wichtigste Hindernis für die Umwandlung wissenschaftlicher Ergebnisse in kommerziellen Erfolg und die Schaffung eines breiten Zugangs zu Wissen.

Eine transnationale Zusammenarbeit kann bei der Entwicklung gemeinsamer Orientierungen, Rahmenbedingungen und (politische) Instrumente eine wichtige Rolle spielen, indem sie Schlüsselakteure einschließlich staatlicher Einrichtungen, Institutionen im Bereich Forschung, Technologie und Entwicklung, KMUs und Technologietransferinstitutionen zusammenbringt sowie praktische Pilotaktivitäten finanziert. So kann die Machbarkeit transnationaler Instrumente und Dienstleistungen demonstriert und bewertet werden.

Folgende wichtigsten Ergebnisse werden angestrebt:

- bessere strategische Rahmenbedingungen und eine stärkere strategische Zusammenarbeit, um eine exzellente Forschungsinfrastruktur im Donauraum aufbauen zu können;
- effektivere kooperationsbasierte Forschungs- und Innovationsaktivitäten und Förderung kompetenter Netzwerke zwischen Unternehmen, FuE-Zentren, dem Schul- und Hochschulwesen und dem staatlichen Sektor. So soll die kommerzielle Nutzung von Forschungsergebnissen erhöht, der Technologietransfer gefördert und der Zugang zum Wissen verbessert werden.
- bessere Koordinierung und Entwicklung praktischer Lösungen für Clusterpolitiken sowie transnationale Zusammenarbeit in Clustern zur Innovationsentwicklung in technologischen (z. B. Umwelttechnologien und Energieeffizienz) und nichttechnologischen Bereichen (Dienstleistungsinnovationen, soziale Innovationen) auf der Grundlage intelligenter Spezialisierungsstrategien (RIS3);
- bessere strategische Rahmenbedingungen und Entwicklung praktischer Lösungen, um Engpässe zu bewältigen, welche Innovationen in KMUs verhindern, z. B. besserer Zugang zu

Mitteln zur Finanzierung von Innovationen, Förderung innovativer Neugründungen, bessere Hilfe beim Management von Rechten auf geistiges Eigentum.

Besondere Aufmerksamkeit sollte Querschnittsthemen von allgemeinem Interesse wie Ökoinnovationen (um z. B. die Anpassung an den und die Bekämpfung des Klimawandels sowie die Ressourcenbelastung zu bewältigen), sozialen Innovationen (z. B. Deckung sozialer Bedürfnisse in Verbindung mit dem demografischen Wandel und einer alternden Bevölkerung) und Dienstleistungsinnovationen (z. B. im Zusammenhang mit der Stärkung der Beschäftigung sowie einer wissensintensiven Kultur- und Kreativindustrie) geschenkt werden, die Priorität im Rahmen des Programms genießen und auf verschiedenen Ebenen behandelt werden.

Da die Beteiligung an Kooperationsinitiativen im Donauraum sehr unausgewogen ist, müssen insbesondere Akteure und Organisationen aus weniger entwickelten Regionen des Donauraums besser in Kooperationsprozesse und kompetente Netzwerke integriert werden.

Die folgenden indikativen Maßnahmenbeispiele sollen zum spezifischen Ziel 1.1 „Bessere Rahmenbedingungen für Innovationen“ beitragen

- Beitrag zur Entwicklung einer exzellenten Forschungsinfrastruktur im Donauraum durch gemeinsame Planung und gemeinsames Management von Forschungsinfrastrukturen auf transnationaler Ebene (keine physische Konstruktion). Das transnationale Donauraumprogramm könnte auch gemeinsame Bemühungen um spezifische bzw. kleinere Forschungsinfrastrukturen fördern und sie auf höchstes qualitatives Niveau bringen.
- Bessere Koordinierung von Clusterpolitiken und -kooperationsprojekten, welche gemeinsamen Innovationen generieren und zur Entwicklung gemeinsamer intelligenter Spezialisierungsstrategien in technologischen und nichttechnologischen Bereichen führen. Beispiele sind die Entwicklung und Ausweitung von Clusterinitiativen durch gemeinsames Training, gemeinsame Marktforschung und die Koordinierung von Clusterförderprogrammen. Soziale Cluster sind ebenfalls zu berücksichtigen. Clusterpolitiken können mit der weiteren Entwicklung intelligenter Spezialisierungsstrategien und „Smart Region“-Konzepten verknüpft werden, indem Behörden, Einrichtungen, Sozial- und Wirtschaftspartner sowie die Bildungs- und Forschungsszene Wissen weitergeben und Kapazitäten aufbauen. So sollen die Potentiale für eine intelligente Spezialisierung im Donauraum vollständig genutzt werden.
- Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Instrumenten, die eine bessere finanzielle Basis für Innovationen und Förderung innovativer Start-ups ermöglichen sollen. Förderung gemeinsamer Bemühungen um bessere Instrumente zur besseren Finanzierung innovativer KMUs, Förderung von Start-ups zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, Internationalisierung, Zugang zu neuen Märkten; Berücksichtigung innovativer Finanzierungsformen (z. B. bessere Koordinierung nationaler, regionaler und EU-Mittel, Crowd Funding usw.); Besonderes Augenmerk könnte dabei auf die Kreativindustrie, umweltfreundliche Technologien die Umweltindustrie und kulturelle Gründerzentren gelegt werden.
- Entwicklung und Umsetzung von Strategien, welche innovative Ideen mit Praxisbezug aufgreifen und Innovatoren mit Geschäftsentwicklern vernetzen, damit diese Ideen vermarktet werden können; Schaffung und Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, um eine erfolgreiche Umsetzung innovativer Ideen zu fördern; Beteiligung an gemeinsamen Maßnahmen, um Lücken im geistigen Eigentum zu füllen.

- Förderung gemeinsamer Forschungs- und Innovationsaktivitäten und kompetenter Netzwerke aus Unternehmen, FuE-Zentren, Technologieinformationszentren, Bildungs- und Hochschuleinrichtungen, öffentlichen Einrichtungen und Verbrauchern. So sollen innovative Umwelttechnologien, gemeinsame Standards zur Ressourceneffizienz einschließlich Technologien zur Energieeffizienz und grenzüberschreitendem Wassermanagement weiterentwickelt und die kommerzielle Nutzung von Forschungsergebnissen verbessert werden. Entwicklung neuer „Open Innovation“-Ansätze im Rahmen von Quadruple-Helix-Modellen;
- Transnationale Vernetzung geeigneter Partner zur Entwicklung und Umsetzung von Produkten, Dienstleistungen, Modellen, welche gesellschaftliche Bedürfnisse decken und neue soziale Beziehungen und Kooperationen schaffen. Z. B. sollte eine staatliche Gesundheitsforschung angestrebt werden, die Entscheidungsträgern und Praktikern mehr Informationen zur Verfügung stellt.
- Förderung gemeinsamer Bemühungen zur Stärkung der Möglichkeiten sogenannter unterstützender Organisationen im Bereich innovativer Dienstleistungen und Instrumente.

Spezifisches Ziel 1.2: Verbesserung der Kompetenzen für geschäftliche und soziale Innovationen

Dieses Ziel geht über den Kreis klassischer Innovationsakteure hinaus und versucht die Lücke zu Aus- und Weiterbildungsakteuren, -institutionen und politischen Entscheidungsträgern in diesem Bereich auf allen Ebenen zu füllen. Transnationale Maßnahmen sollten interdisziplinäre Verknüpfungen zwischen einschlägigen Akteuren wie Entscheidungsträgern, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, Forschungsinstituten, Unternehmen, Arbeitsmarktorganisationen verstärken.

Offensichtlich sind die starken kreisförmigen und kumulativen Wechselbeziehungen zwischen Wissen, Kompetenzen und Innovationen. Qualifizierte Leute spielen eine entscheidende Rolle bei Innovationen, weil sie neues Wissen erzeugen, durch die Art und Weise wie sie verfügbares Wissen annehmen und entwickeln und weil sie neue Kompetenzen erlernen und sich an eine neue Umgebung anpassen können.

In Teilen des Donauraum führt der Arbeitsplatzmangel für hochqualifizierte Leute zum Braindrain junger, gut ausgebildeter Leute. Dies kann durch die Entwicklung einer lernfähigen und sozial innovativen Kultur in lokalen Unternehmen kompensiert werden.

Außerdem sollte der Donauraum die Potentiale einer zunehmend vielfältigen und alternden Gesellschaft besser nutzen. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sollten dazu beitragen, sozioökonomische Veränderungen anzugehen und die für eine wissensbasierte Wirtschaft notwendigen Qualifikationen zu erlangen.

Weiterhin sollte sozialen Innovationen und Dienstleistungen im Rahmen dieses Ziels mehr Raum gegeben werden. Aufgrund des fortschreitenden Transformationsprozesses und niedrigen staatlichen Kapazitäten, der Migration von Arbeitskräften, dem demografischen Wandel in vielen postsozialistischen Donauländern stehen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungssektor viele sozialen Dienstleistungen nicht zur Verfügung. Innovative Ansätze werden benötigt, um die Daseinsvorsorge zu sichern.

Insgesamt sollten transnationale Maßnahmen dazu beitragen, eine Umgebung zu schaffen, die für die Umsetzung von Aus-, Fort- und Berufsbildungsmaßnahmen geeignet ist. Ziel soll es sein, Kompetenzen und Kenntnisse in den Bereichen Innovationen, Kreativität, Wirtschaft sowie „soft skills“ aufzubauen, um (soziale) Innovationen im Donauraum zu fördern. Folgende Ergebnisse werden angestrebt:

- bessere Integration in Fachpolitiken und Entwicklung praktischer Lösungen, um die Humanressourcen an den technologischen Wandel und die Marktanforderungen anpassen zu können;
- bessere Strategien und praktische Lösungen zur Förderung der Unternehmenskultur und der Lernfähigkeit von Unternehmen; Verbesserung der Unternehmenskultur, Weiterentwicklung von Fertigkeiten und Kompetenzen zur Förderung eines innovativen Unternehmertums unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte, Förderung einer hochwertigen Grundschul- und weiterführenden Schulbildung; Stärkung der Kapazitäten sogenannter unterstützender Organisationen;
- bessere Umgebungen, Kenntnisse und Kompetenzen, um soziale Innovationen und Dienstleistungen zu fördern. So sollen soziale Bedürfnisse besser gedeckt und Regionen und öffentlichen Institutionen besser in der Lage sein, neue Herausforderungen, die z. B. aus dem demografischen Wandel, Migration und Braindrain resultieren, zu bewältigen und die Daseinsvorsorge zu verbessern.
- Formulierung gemeinsamer Bildungsangebote in spezifischen Bereichen (z. B. im Bereich nachhaltiger Verkehrs);
- bessere Systeme für institutionelles Lernen und Aufbau von Kapazitäten in der öffentlichen Verwaltung, um Innovationsprozesse besser bewältigen zu können.

Da dieses spezifische Ziel dem thematischen Ziel 1 (Forschung & Innovation) zugeordnet wird, liegt der Schwerpunkt auf „innovativen Lernsystemen“ (die Teile der Bereiche Bildung, Berufsaus- und weiterbildung sowie lebenslanges Lernen ohne direkte Verbindung zu Innovationen werden dem TO 11/Governance zugeordnet).

Die folgenden indikativen Maßnahmenbeispiele sollen zum spezifischen Ziel 1.2 „Verbesserung der Kompetenzen für geschäftliche und soziale Innovationen“ beitragen

- Förderung gegenseitigen Lernens und der Zusammenarbeit, damit Arbeitnehmer- und -geber sich besser an technologische Veränderungen und Marktanforderungen (z. B. innovatives arbeitsbasiertes Lernen) anpassen können;
- Entwicklung und Umsetzung von Strategien, die Jugendliche motivieren sollen, sich im Bereich Forschung und Innovationen zu engagieren, und die junge Unternehmer fördern („innovative Jugend“, Förderung junger Leute);
- Förderung der gemeinsamen Entwicklung von Kompetenzen und Wissen zur Umsetzung sozialer Innovationen, innovativer Lernsysteme im Bereich sozialer Dienstleistungen; duale Berufsausbildung in sozialen Berufen, z. B. im Bereich Altenpflege und Pflegebedürftige; Entwicklung von Kompetenzen und innovativen Dienstleistungen in Bereichen von

allgemeinem Interesse wie Migration, Gesundheit und Alter, Existenzgründung, Arbeitsplatzinnovationen.

- Aufbau interdisziplinärer Netzwerke und gemeinsamer transnationaler Informations- und Fortbildungsmaßnahmen, die zukünftig benötigte berufliche Qualifikationen und Kompetenzen verbessern helfen.
- Entwicklung gemeinsamer Instrumente und Dienstleistungen, um innovative Unternehmenskompetenzen zu verbessern; Verbesserung von Innovationskultur und Kenntnissen im Bereich Innovationsmanagement; Kapazitätsaufbau für Start-ups.
- Schärfung des Bewusstseins für Lernsysteme zur Entwicklung von „Open Innovation“;
- Förderung der Berücksichtigung von Fachpolitiken, innovative praxisorientierte Ansätze im Bereich duale Ausbildung, um die Reform der Bildungssysteme zu unterstützen;
- Aufbau von Kapazitäten im Bereich öffentliche Verwaltung und innovative öffentliche Auftragsvergabe, um die Markteinführung innovativer Produkte und Dienstleistungen zu fördern;
- Förderung strategischer Ansätze transnationaler Aus- und Weiterbildungsnetzwerke im Bereich Hochschulbildung, um akademische und wirtschaftsorientere Qualifikationen besser zu verknüpfen.

Prioritätsachse 2: Umwelt- und kulturbewusster Donaauraum

Spezifisches Ziel 2.1: Stärkung eines transnationalen Wassermanagements und Hochwasserschutzes

Investitionen zur Schaffung bzw. Erhaltung ökologischer Korridore (z. B. entlang längerer Flüsse), wie im Rahmen des spezifischen Ziels 2.2 angestrebt, sind unmittelbar mit den Themen Wassermanagement und Kontrolle von Umweltrisikofaktoren wie Klimawandel und Hochwasser verknüpft.

Dementsprechend strebt das Kooperationsprogramm Investitionen in grüne Infrastruktur (Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität, Bereitstellung von Ökosystemdienstleistungen) in Verbindung mit Hochwasserschutz und der Verbesserung von Wasserqualität und –angebot an.

Die EU-Wasserpolitik basiert weitestgehend auf der Wasserrahmenrichtlinie, welche sich auf die Bewirtschaftungspläne für die Einzugsgebiete (River Basin Management Plans RBMPs) stützt. Sie legen fest, wie die Ziele für Einzugsgebiete (Umweltstatus, Mengenstatus, chemischer Status und Schutzgebietsziele) innerhalb des geforderten Zeitraums erreicht werden sollen.

Unter Berücksichtigung von Defiziten, Maßnahmen und Zielen bilden die Bewirtschaftungspläne so den Gesamtrahmen für das Wassermanagement in der Donauregion. In diesem Zusammenhang sollten die Investitionen des Kooperationsprogramms im Rahmen entsprechender Bewirtschaftungspläne getätigt werden.

Die Bewirtschaftungspläne für die Einzugsgebiete zeigen, wie für alle Gewässer des Donaauraums ein guter Zustand erreicht werden kann. In der Donauregion haben alle Länder (einschließlich der Nichtmitgliedstaaten der EU) an ihren nationalen Managementplänen gearbeitet. Da diese Pläne für alle Einzugsgebiete (nationale Bewirtschaftungspläne) existieren müssen, arbeiten die Staaten auch auf internationaler Ebene zusammen und diskutieren und stimmen das grenzüberschreitende Wasserressourcenmanagement ab. Um alle Gewässer weiter zu schützen und deren Zustand zu verbessern und um eine nachhaltige, langfristige Nutzung von Wasserressourcen zu gewährleisten, sind eine effektivere transnationale Koordinierung und Kooperation sowie gemeinsame Bemühungen der betroffenen Institutionen notwendig.

Weiterhin ist auf der Grundlage der EU-Hochwasserrichtlinie und als Reaktion auf die häufige Hochwassergefahr im Donaubecken (2002, 2005, 2006, 2009, 2010 und 2013) ein Hochwasserrisikomanagementplan zu entwickeln, der eng mit den Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete verknüpft ist.

Daher sind gemeinsame Wassermanagementpläne die wichtigsten Instrumente, mit denen sich der Wassersektor an den Klimawandel anpassen kann oder sich mit den Themen Wassermangel und Dürre auseinandersetzen kann.

Im bevorstehenden Planungszeitraum sind alle Instrumente, die zur Formulierung und Aktualisierung gemeinsamer Wassermanagement- und Hochwasserschutzpläne unter gemeinsamer Federführung notwendig sind, vorzubereiten. Dies ist eine große Herausforderung für alle Partnerregionen.

Transnationale Maßnahmen können dazu beitragen, Governance- und Wissensdefizite bei der Entwicklung integrierter Wassermanagement- und Hochwasserschutzpläne zu beseitigen. Sie können

z. B. Daten und räumliche Grundlagen für solche Pläne liefern und nationale Maßnahmen und Aktivitäten aufeinander abstimmen.

Folgende wichtigsten Ergebnisse werden angestrebt:

Besser integrierte Pläne und Lösungen, um den Zustand aller Gewässer weiter zu schützen und zu verbessern. Ziel ist es auch, eine nachhaltige und langfristige Nutzung der Wasserressourcen im Donaoraum in Verbindung mit einem soliden Hochwasserrisikomanagement zu gewährleisten.

Die folgenden indikativen Maßnahmenbeispiele sollen zum spezifischen Ziel 2.1 „Stärkung eines transnationalen Wassermanagements und Hochwasserschutzes“ beitragen

- Förderung der Nutzung der geeignetsten Techniken und Umweltpraktiken einschließlich einer weiteren Verbesserung der Abfallbehandlungseffizienz und -qualität;
- bessere Berücksichtigung von Strategien zur Verringerung der Umweltverschmutzung insgesamt (z. B. durch Nährstoffe und gefährliche Substanzen) im Donaeinzugsgebiet; gemeinsame Überwachung des ökologischen chemischen Zustands und gemeinsame Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität und des ökologischen Zustands;
- bessere Berücksichtigung von Strategien, mit denen eine Verschlechterung der Grundwasserqualität und eine Konzentration von Schadstoffen im Grundwasser vermieden werden kann; Beitrag zu einem soliden Grundwassermanagement und Vermeidung der Überentnahme von Grundwasser (u. a. besseres Monitoring der Wasserressourcen in quantitativer und qualitativer Hinsicht);
- Vermeidung von Interessenskonflikten, Entwicklung innovativer Maßnahmen sowie verbesserte Koordinierung und Dialog zwischen den Nutzern von Wasser oder anderer Ressourcen, z. B. Landwirte und andere Wassernutzer;
- Förderung einer effektiveren Verbreitung von Informationen, gegenseitigen Lernens und eines nachhaltigen Ansatzes, um Mensch und Eigentum vor Hochwasser zu schützen und dabei den Erhalt und die Verbesserung von wasserbasierten Ökosystemen zu fördern;
- Beitrag zu gemeinsamen grenzüberschreitenden Umsetzung der Hochwasserrichtlinie (gemeinsame Hochwasserüberwachung und Warnsysteme), indem die Hochwasservorhersage besser integriert sowie effektiver und informativer gestaltet wird (über Projekte der vorangegangenen Förderperioden hinaus), Koordinierung der Wasserbaustrukturen, Austausch von Hochwasserschutztechnologien und –erfahrungen, Angleichung von Hochwasserschutzmethoden;
- Unterstützung eines soliden Managements von Flüssen und Ablagerungen, um den transport von Ablagerungen und morphologische Veränderungen im Flusssystem verfolgen zu können;
- Förderung gemeinsamer Maßnahmen und des Austausches guter Praktiken (z. B. Information der Öffentlichkeit und bestimmter Zielgruppen);
- Entwicklung und Umsetzung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und Kapazitätsaufbau zur Förderung eines soliden Wassermanagements;

Spezifisches Ziel 2.2: Nachhaltige Nutzung natürlicher und kultureller Ressourcen

Die Stärkung von Governance und Kapazitätsentwicklung für eine nachhaltige Nutzung und Aufwertung des sehr reichen und vielfältigen natürlichen und kulturellen Erbes des Donauraums ist, wie im Analysekapitel dargestellt, eine große Herausforderung für den größten Teil des Programmgebietes. Der richtige Ausgleich zwischen Erhalt, Schutz und Förderung ist zu schaffen.

Die Anziehungskraft des Donauraums als touristisches Ziel wird sowohl durch das kulturelle Erbe als auch attraktive Landschaften geschaffen. Nachhaltigkeit sollte eines der wichtigsten Kriterien zur Entwicklung des Tourismus sein.

Eine nachhaltige touristische Entwicklung in der gesamten Donauregion ist Pflicht und sollte die Erfahrungen der westeuropäischen Länder an der oberen Donau zur Bedeutung eines guten Gleichgewichts zwischen Tourismus, Umweltschutz und Wirtschaftswachstum berücksichtigen.

Daher bieten Tourismusedwicklung und der Schutz des kulturellen Erbes eine Gelegenheit, die transnationale Zusammenarbeit zwischen Staaten, Regionen und Gemeinden zu fördern. Sie können so als wichtiges Instrument zur Integration von Ländern in die Donauregion dienen. Sie können dazu beitragen, touristische Produkte mit den Schwerpunkten Natur, Kultur, ländliche Räume, Weinbau, Fahrradsport, Flussschiffsfahrten und Kreuzfahrten nachhaltig zu etablieren.

Zusammenarbeit ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Planung und Entwicklung touristischer Ziele. Zusammenarbeitsorientierte Akteure und Netzwerke können eine wichtige Rolle bei der Tourismuspolitik im Donauraum spielen.

Gemeinsame Ansätze für den Schutz und die nachhaltige Nutzung des natürlichen und kulturellen Erbes basieren auf der Umsetzung gemeinsamer Strategien. Diese können Hauptfaktoren für die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung und die Vermeidung von Nutzungskonflikten (z. B. mit dem Verbrauch natürlicher Ressourcen) sein.

Die transnationale Zusammenarbeit kann wichtiger Bestandteil der Entwicklung gemeinsamer Leitfäden, Rahmen und Instrumente sein, die dem Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen Regionen dienen. Das Programm sollte verschiedene Akteure zusammenbringen, die sich mit dem Schutz des natürlichen und kulturellen Erbes und umfassenderen Entwicklungsstrategien beschäftigen, um so gemeinsame und integrierte Ansätze zu entwickeln.

Folgende wichtigsten Ergebnisse werden angestrebt:

- bessere Rahmenregelungen, Kapazitäten und Lösungen für eine nachhaltige Tourismusedwicklung im Donauraum im Zusammenhang mit dem Schutz und einer nachhaltigen Nutzung des natürlichen und kulturellen Erbes; eines verringerten Ressourcen- und Energieverbrauchs und einem nachhaltigen Mobilitätsmanagement, um wirtschaftliche Entwicklung, Umweltschutz und Lebensqualität vielfältig zu verbessern;
- bessere Strategien und Instrumente, um das kulturelle und natürliche Erbe nachhaltig für die regionale Entwicklung zu nutzen und Nutzungskonflikte (z. B. mit dem Tourismus, dem Verbrauch natürlicher Ressourcen) zu vermeiden oder zu verringern.

Investitionen in die Renovierung historischer Gebäude, Stätten, Denkmäler sind nur zu fördern, wenn sie Teil einer breiteren Entwicklungsstrategie und mit nachhaltigem Wachstum verbunden sind. Das

Programm kann keine Fördermittel zum Erhalt des kulturellen Erbes als Ersatz für nationale Mittel zur Verfügung stellen.

Die folgenden indikativen Maßnahmenbeispiele sollen zum spezifischen Ziel 2.2 „Nachhaltige Nutzung natürlicher und kultureller Ressourcen“ beitragen

- Verbesserung der Rahmenbedingungen und Entwicklung gemeinsamer und integrierter Lösungen für einen nachhaltigen Tourismus („grüner Tourismus“), für Freizeit und Kultur in Gebieten mit Ökotourismus (z. B. nachhaltige Tourismusaktivitäten in Nationalparks, Naturschutzgebieten, Geoparks), den Fahrradtourismus, den Agrotourismus, Entwicklung neuer und Weiterentwicklung einschlägiger kultureller Routen im Donauraum, Themenrouten und gemeinsame Produkte mit kritischer Masse, welche in umfassendere Entwicklungs- und Wachstumsstrategien eingebettet sind und zu nachhaltigen Arbeitsplätzen und Wachstum beitragen;
- Umsetzung gemeinsamer Strategien, um gemeinsame Ansätze zum Schutz und für die nachhaltige Nutzung des natürlichen und kulturellen Erbes und zur Sicherung der Ressourcen zu entwickeln; Förderung der Entwicklung umfangreicher Partnerschaftsnetzwerke aus verschiedenen Programmen, zentralen, regionalen und lokalen Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaftsförderzentren und Mobilitätsnetzen;
- nachhaltiger Schutz des kulturellen Erbes, indem entsprechende Cluster und Netzwerke aus Kulturstätten, Museen, Dolmetsch- und Besucherzentren im Donauraum geschaffen werden, und Förderung der Umsetzung gemeinsamer Strategien.
- Koordinierung von Strategien und Entwicklungsplänen auf regionaler oder lokaler Ebene, um eine kritische Masse, einen wirtschaftlichen Effekt und Sichtbarkeit über die lokale Ebene hinaus zu erreichen. Schaffung des richtigen Gleichgewichts zwischen Erhalt, Schutz des natürlichen Erbes und Förderung und Entwicklung; Das Kooperationsprogramm unterstützt keine eindimensionale wirtschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen. Das Programm sollte verschiedene Akteure zusammenbringen, die sich mit dem Schutz des natürlichen und kulturellen Erbes und umfassenderen Entwicklungsstrategien beschäftigen, um gemeinsame und integrierte Ansätze zu entwickeln.
- Verringerung von Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß und Ressourcenverbrauch (z. B. Wasser), indem erneuerbare Energiequellen und Energie- und Ressourceneffizienzmaßnahmen als integraler Bestandteil einer nachhaltigen Tourismusedwicklung vermehrt genutzt werden.
- Verbesserung der Rahmenbedingungen und Entwicklung gemeinsamer und integrierter Lösungen, um (z. B. mit Hilfe des öffentlichen Verkehrs) ein nachhaltiges Mobilitätsmanagement als integralen Bestandteil eines Zielmanagements und der Vermarktung touristischer Produkte zu schaffen; Insbesondere in ländlichen und peripheren Regionen ist die Förderung einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur eine wichtige Grundlage für die Förderung einer nachhaltigen Tourismusedwicklung. Das Mobilitätsmanagement kann im Rahmen der Investitionspriorität 6c nur als integraler Bestandteil einer nachhaltigen Tourismusedwicklung gefördert werden. Im Rahmen der Investitionspriorität 6c ist keine eigene Interventionskategorie für den Bereich Verkehr vorgesehen. Es ist auch keine Förderung der technischen Infrastruktur unter 6c vorgesehen.

- Entwicklung und Umsetzung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und Kapazitätsaufbau zur Förderung von Qualitätstourismus, Ökotourismus und umweltfreundlichen Verkehrslösungen;
- Förderung von Aktivitäten in den Bereichen Multikulturalität, Kulturaustausch und von Beziehungen im Bereich Kreativindustrie, um die kulturelle Vielfalt zu erhöhen; Betonung der Vorteile kultureller Vielfalt im Donauraum;
- Förderung gemeinsamer Strategien für das Management und den Schutz natürlicher Ressourcen in Wechselwirkung mit Naturschutzgebieten und kulturellem Erbe;
- Förderung von Risikomanagementplänen für Kultur- und Naturerbestätten, die vom Klimawandel betroffen sind, als Teil einer nachhaltigen Tourismusentwicklung;

Spezifisches Ziel 2.3: Erneuerung und Management ökologischer Korridore

Aufgrund der Tatsache, dass sich nur ein kleiner Anteil der Lebensräume und Arten von EU-Interesse (z. B. Natura 2000-Gebiete) Schutzstatus im Donauraum besitzen, verfolgt das Programm einen integrierten Ansatz, um gemeinsame Herausforderungen beim Aufbau umweltfreundlicher Infrastruktur in Kombination mit Risikomanagement und Anpassung an den Klimawandel zu bewältigen.

Gemäß der EU-Strategie für Grüne Infrastruktur (2013) kann das transnationale Aktionsprogramm zu einer besseren Verknüpfung natürlicher Lebensräume beitragen. Dies ist für den Erhalt eines funktionierenden Ökonetzwerkes von großer Bedeutung.

Der Schutz von Wildkorridoren zählt zu den wichtigsten Strategien zum Schutz der Biodiversität und ergänzt die Strategie zum Erhalt von Schutzgebieten. Natürliche Lebensräume und Wildkorridore sollen verknüpft werden, indem Hindernisse (z. B. durch „grüne Brücken“ über Verkehrswege) abgebaut werden, das Flächen- und Wassermanagement und der Naturschutz sowie Raumordnung und entsprechende Fachpolitiken sollen verbessert werden.

Ein Schwerpunkt sollte auf Biokorridoren von transnationaler Bedeutung wie dem grenzüberschreitenden Biosphärenreservat Mur-Drau-Donau, Habitatbedingungen entlang der Donau und ihrer Nebenflüsse und auf anderen grünen Infrastrukturen wie dem Donaudelta liegen. Schutzgebiete und deren Nachbargebiete im gesamten Donauraum sollten gefördert werden.

Folgende wichtigsten Ergebnisse werden angestrebt:

- Bessere strategische Rahmenbedingungen und konkrete Lösungen für die Wiederherstellung, den Erhalt und die Verbesserung eines Netzwerkes grüner Infrastrukturen/Biokorridore im Donauraum bestehend aus natürlichen und naturnahen Lebensräumen. Damit soll die Zersplitterung von Ökosystemen verringert und die Konnektivität zwischen Standorten des Natura 2000-Netzwerkes verbessert werden, um Biodiversität zu gewährleisten.

Dies könnte erreicht werden, indem die Wissensbasis verbessert und ein konsistentes und zuverlässiges Dateninformationssystem aufgebaut wird, gefährdete Landschaften und Flüsse wiederhergestellt und revitalisiert werden, Lebensräume integriert gemanagt werden, endogene Arten geschützt und neu angesiedelt werden, invasive Arten kontrolliert werden, Flächen nachhaltig genutzt und Böden geschützt werden, die negative Auswirkungen von Landnahme und räumlicher

Zersplitterung verringert werden. Nicht zuletzt können bewusstseinssteigernde Maßnahmen und Umweltbildung Bestandteil umfassenderer Maßnahmen im Rahmen von Projekten sein.

Die folgenden indikativen Maßnahmenbeispiele sollen zum spezifischen Ziel 2.3 „Erneuerung und Management ökologischer Korridore“ beitragen

- Bessere strategische Rahmenbedingungen und konkrete Lösungen für die Wiederherstellung, den Erhalt und die Verbesserung eines Netzwerkes grüner Infrastrukturen/transnationaler Biokorridore im Donaauraum bestehend aus natürlichen und naturnahen Lebensräumen. Damit soll die Zersplitterung von Ökosystemen verringert und die Konnektivität zwischen Standorten des Natura 2000-Netzwerkes verbessert werden.
- Verbesserung der Wissensbasis und Aufbau konsistenter und zuverlässiger Datenquellen: Förderung einer gemeinsamen Begleitforschung und Evaluation einschließlich der Entwicklung moderner Instrumente zur Kartierung, Erkennung, zum Schutz und Management natürlicher Landschaften; Förderung der gemeinsamen Bemühungen um eine bessere Kartierung von Ökosystemen, Monitoring ihrer Veränderungen, wichtige Faktoren, Flächennutzungsänderungen und deren Auswirkungen auf die Biodiversität;
- Förderung der Verknüpfung natürlicher Lebensräume und Wildkorridore durch Abbau von Hindernissen, Neuanbindung angrenzender Überschwemmungsebenen/Sumpfbereiche, Verbesserung des Flächen- und Wassermanagements und des Naturschutzes, der Raumordnung und der Flächennutzungsplanung;
- Förderung eines integrierten Managements von Lebensräumen, des Schutzes und der Wiederansiedlung von (Flaggschiff-) Arten;
- Förderung eines integrierten Ansatzes zur besseren Koordinierung von Umweltinteressen mit dem Hochwasserschutz und dem weiteren Ausbau der Binnenschifffahrt und der Verkehrsinfrastruktur, indem sektorübergreifende Partnerschaften (Akteursnetzwerke) geschaffen werden; Entwicklung von Planungs- und Pilotmaßnahmen, um Hochwasserschutz und die Wiederherstellung von Flusssystemen aufeinander abzustimmen; Verbesserung des Besuchermanagements für Schutzgebiete;
- Förderung bewusstseinssteigernder Maßnahmen und von Umweltbildung als Bestandteil umfassenderer Maßnahmen im Rahmen von Projekten;
- Förderung integrierter Ansätze zu Bodenschutz und Bodenbewusstsein;
- Formulierung und Umsetzung koordinierter Maßnahmen zu Management, Kontrolle und Ausrottung invasiver fremder Spezien im Donaauraum;
- Stärkung der Kapazitäten von und Netzwerke aus NROs, Akteuren und Behörden, die am Erhalt von Biodiversität und Naturschutz beteiligt sind, damit Förderung einer sektorübergreifenden Zusammenarbeit und Bewusstseinssteigerung.

Spezifisches Ziel 2.4: Bessere Vorbereitung auf das Management von Umweltrisiken

Auf Risikoprophylaxestrategien wird im Rahmen der spezifischen Ziele 2.1 und 2.3 Bezug genommen. Das spezifische Ziel 2.4 bezieht sich dagegen auf Politiken und Strategien zum Management von Umweltgefahren, die durch nichtfunktionierende Ökosysteme, den Menschen und andere Risikofaktoren verursacht werden und welche menschliche und natürliche Lebensräume in der Region gefährden.

Katastrophenschutz/-management hängen eng mit Sicherheits- und Notfallangelegenheiten zusammen, für die Behörden auf allen Ebenen zuständig sind. Außerdem bilden Bürgerschutzorganisationen mit Freiwilligen das Rückgrat des Katastrophenmanagements.

Wichtige Aufgabe eines Kooperationsprogramms ist die Förderung einer professionellen Katastrophenhilfe auf allen Ebenen, um größeren nationalen und internationalen Katastrophenfällen zu begegnen. Die institutionellen und technischen Kapazitäten für Katastrophensituationen sind durch Zusammenarbeit verschiedener Behörden zu stärken. Gute Praktiken bezüglich öffentlicher Dienstleistungen sind zu fördern und der Austausch von Erfahrungen/die Vernetzung öffentlicher und privater Einrichtungen für öffentliche Dienstleistungen zu stärken. Damit sollten moderne Managementsysteme und –instrumente gefördert werden.

Katastrophenschutzinitiativen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission (z. B. GD Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz) sollten durch besseren Schutz und bessere Vorbereitung ergänzt werden.

Die Zusammenarbeit über Regionen und Mitgliedstaaten hinweg bezieht sich auf transnationale Spillover-Effekte, insbesondere im Zusammenhang mit Hochwasserschutz, Waldbränden, Dürren, Wassermangel und anderen menschlich bedingten Risiken mit Auswirkungen auf die Regionen.

Das Programm sollte sich auf den gesamten Katastrophenmanagementzyklus (Hilfe – Rettung – Prophylaxe – Vorbereitung) beziehen, bei dem Schutzstrategien hohe Priorität haben. Gegenseitiger Kapazitätsaufbau und Wissenstransfer sollten bei diesem spezifischen Ziel Priorität haben.

Eine Einschätzung von Katastrophengefahren sollte sowohl Einzel- und Mehrfachrisiken einschließen, da die negativen Synergien natürlicher Katastrophen analysiert werden müssen. Ein Blick auf und die Simulation sich überlappender Effekte hilft Behörden und Akteuren im Donauraum, die Art und Aggregatwirkungen von Katastrophen besser zu verstehen.

Folgende wichtigsten Ergebnisse werden angestrebt:

- Bessere strategische und operationelle Zusammenarbeit und Interoperabilität zwischen Behörden und Akteuren im Bereich Katastrophenhilfe auf allen Ebenen in den Donauländern. Dazu gehört die Entwicklung gemeinsamer Strategien und Aktionspläne für ein effektiveres Management natürlicher und menschlich bedingter Gefahren, der Aufbau einer gemeinsamen Wissensbasis und gemeinsamer Datenmonitoringkapazitäten sowie gemeinsamer Mechanismen zum Austausch von Informationen, die gemeinsame Entwicklung von Instrumenten, die Entwicklung und Umsetzung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und der Kapazitätsaufbau.

Die folgenden indikativen Maßnahmenbeispiele sollen zum spezifischen Ziel 2.4 „Bessere Vorbereitung auf das Management von Umweltrisiken“ beitragen

- Entwicklung gemeinsamer Risikomanagementstrategien und –aktionspläne: Stärkung der Zusammenarbeit und Interoperabilität zwischen für Katastrophenhilfe zuständigen Behörden in den Donauländern; Verbesserung von Strategien, Plänen (u. a. Gesundheitsverträglichkeitsprüfung zu Katastrophengefahren) und Kapazitäten auf lokaler und nationaler Ebene im Bereich der professionellen Katastrophenhilfe, mit denen größeren nationalen und internationalen Notfällen begegnet werden soll, und Verbesserung der transnationalen Zusammenarbeit im Donauraum;
- Aufbau einer gemeinsamen Wissensbasis und gemeinsamer Datenmonitoringkapazitäten sowie gemeinsamer Mechanismen zum Informationsaustausch, z. B. Gefahrenkartierung und Aktualisierung der Datenbank zu Unfallgefahrenpunkten, Altlasten und Lagern für gefährliche Substanzen, koordinierte Dokumentation natürlicher Gefahrenereignisse und -folgen;
- gemeinsame Erstellung von Zukunftsszenarien im Bereich Risikomanagement, Entwicklung integrierter Maßnahmen als Antwort auf Folgen, Einrichtung von Diskussionsplattformen zum Thema Klimaanpassung und Verringerung der Katastrophengefahr im Donauraum;
- gemeinsame Entwicklung von Instrumenten, z. B. Aufbau moderner Managementsysteme und –instrumente zur Leistungssteigerung öffentlicher Institutionen auf allen Ebenen, Entwicklung von Schnellhilfverfahren und -plänen bei industrieunfallbedingter Flussverschmutzung, Einrichtung gemeinsamer Standardverfahren bei grenzüberschreitenden, technisch-technologischen Wasserverkehrsunfällen;
- Entwicklung und Umsetzung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und Kapazitätsaufbau zur Förderung eines soliden Gefahrenmanagements; Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für spezielles Personal entsprechend der EU-Standards, Ausbildungsprogramme für Mitarbeiter in den Bereichen Notfall- und Katastrophenmanagement.

Ein wichtiger Punkt ist ferner die Verbesserung der Zusammenarbeit, um die Nutzung unkonventioneller Spreng- und Brandsätze sowie gefährlicher Munition und gefährlicher Güter und Unfälle infolgedessen zu vermeiden.

Prioritätsachse 3: Vernetzter und energieeffizienter Donaauraum

Spezifisches Ziel 3.1: Umweltfreundlicher, sicherer Verkehr und ausgewogene Anbindung städtischer und ländlicher Räume

Insgesamt gibt es im Donaauraum ein West-Ost-Gefälle bezüglich Qualität und Sicherheit der Verkehrsinfrastruktur, d. h. mit wenigen Ausnahmen bei Straßen, Schienen, Häfen und Flughäfen). Neben bestehenden Problemen bringt die zukünftige Verkehrsentwicklung eine Reihe wichtiger Herausforderungen für die Region mit sich. Es wird erwartet, dass der Verkehr im Donaauraum in den nächsten Jahren zunimmt.

Das Wirtschaftswachstum ist zum Stillstand gekommen und wird sich auch in Zukunft nach dem massiven Verkehrswachstum richten.

Letzterer Trend führt zu zunehmendem Energieverbrauch und Umweltverschmutzung.

Aufgabe der Verkehrspolitik ist es, den zunehmenden Verkehrsbedarf in umweltfreundlichere, emissionsarme Verkehrsmittel, z. B. den Schienenverkehr, den Binnenschiffverkehr, die Kombination verschiedener Verkehrsträger, eine nachhaltige städtische und ländliche Mobilität und intelligente Verkehrsmittel, zu kanalisieren. Gleichzeitig ist eine ausgewogene Erreichbarkeit städtischer und ländlicher Gebiete zu gewährleisten.

Ein wichtiges Merkmal in Sachen Verkehr ist die Donau als bedeutender Teil des Rhein-Donau-Korridors der TEN-V. Die Donau wird nicht ausreichend genutzt und bietet ein großes Potential an nachhaltigem Verkehr für die Zukunft. Grundsätzlich ist der Wasserverkehr in der Lage, Teile des zunehmenden Verkehrsaufkommens zu übernehmen. Schifffahrt und Häfen der Donau als multimodale Drehkreuze müssen jedoch umfassend verbessert werden. Der zunehmende Schiffsverkehr verstärkt jedoch lokale ökologische Probleme der Donau und ihrer Umwelt. Das Wirtschaftspotential der Donau als Verkehrsrouten voll auszuschöpfen und gleichzeitig ihr ökologisches Gleichgewicht intakt zu halten, ist daher eine besondere Herausforderung.

Neben wichtigen Verkehrswegen hat der Donaauraum mit erheblichen Erreichbarkeitsproblemen vor allem in Gebieten jenseits der offiziellen Korridore zu kämpfen. Die Anbindung dieser Regionen über sekundäre und tertiäre Knoten an die TEN-V (als ein Aspekt unter vielen) ist sehr wichtig, um Lebensqualität und Wirtschaftswachstum, vor allem in Gebieten, die vom demografischen Wandel betroffen sind, gewährleisten zu können.

Transnationale Maßnahmen sollten Initiativen vonseiten der politischen Koordinierung auf EU-Ebene und der Schwerpunktbereiche 1a und 1b der EU-Donaauraumstrategie ergänzen (nicht kopieren). Sie sollen zu folgenden Ergebnissen führen:

- Beitrag zur Entwicklung eines besser angeordneten und kompatiblen, umweltfreundlichen Verkehrssystems;
- besser integrierte Politiken und praxisorientierte Lösungen, um Wasserwege weiterentwickeln zu können und gleichzeitig die negativen Auswirkungen von Verkehrssystemen auf das Ökosystem der Donau eindämmen zu können;
- Verbesserung der Koordinierung und transnationalen Integration bei Verkehrsakteuren, um multimodale Drehkreuze, Terminals und Verbindungen weiterentwickeln zu können.

- Förderung eines sichereren Verkehrsnetzes;
- Förderung einer besseren Organisation von öffentlichen Verkehrsverbindungen und anderer nachhaltiger Verkehrsträger in funktionellen städtischen und ländlichen Gebieten und Beitrag zu einer besseren Konnektivität.

Die folgenden indikativen Maßnahmenbeispiele sollen zum spezifischen Ziel 3.1

„Umweltfreundlicher, sicherer Verkehr und ausgewogene Anbindung städtischer und ländlicher Räume“ beitragen.

- Beitrag zur Entwicklung eines integrierten Verkehrsrahmenplans und anderer gemeinsamer Koordinierungsmaßnahmen für den Donaauraum; Verbesserung der Koordination und transnationalen Abstimmung von Verkehrsakteuren, um eine bessere Steuerung und Verwaltung umweltfreundlicher Verkehrskorridore gewährleisten zu können; Einrichtung von Plattformen, die bei der Beschaffung von Finanzmitteln behilflich sind und die Planung und Umsetzung weiterer abgasarmer und energieeffizienter Güter- und Personenverkehrssysteme unterstützen; durch Kombination von Fachpolitiken Beitrag zum Aufbau eines umfassenden, aufeinander abgestimmten Verkehrssystems, d. h. Anbindung lokaler/regionaler Verkehrsrouten an die TEN-V;
- Beitrag zu besser integrierten Politiken und praxisorientierten Lösungen, um Wasserwege durch Austausch und Transfer von Know-how und guter Praxis in den Bereichen Wasserinfrastruktur, Unterhaltung und Management von Wasserwegen, Modernisierung von Flotten oder Hafen(infrastruktur)entwicklung fördern zu können;
- Förderung einer effektiveren Information, eines effektiveren Dialogs und integrierter Ansätze, um die Auswirkungen des Verkehrs auf das Ökosystem der Donau einzuschränken. Dabei sind Umweltgesetze zu berücksichtigen, eine sektorübergreifende Kooperation zu fördern, die Zusammenarbeit zwischen Wasserdirektionen und Schutzgebietsverwaltungen effektiver zu gestalten;
- Verbesserung der Koordinierung und transnationalen Abstimmung zwischen Verkehrsakteuren, um multimodale Drehkreuze, Terminals und Verbindungen weiterzuentwickeln; Förderung der Entwicklung effizienter multimodaler Terminals in Donau- und Trockenhäfen, um Binnenwasserwege an den Bahn- und Straßenverkehr anbinden zu können; Austausch von Wissen zur Hafeninfrastrukturentwicklung, Erschließung neuer Märkte und von Güterströmen, Förderung der Verkehrsmittelverlagerung von der Straße auf das Wasser (Donau), Förderung der Zusammenarbeit multimodaler Terminals entlang der Donau, Verbesserung der Effizienz grenzüberschreitender Güterströme an den EU-Außengrenzen durch Überwindung von Verwaltungs- und Steuerhindernissen, Abstimmung von Verkehrsträgern und -netzen in Sachen Technologien, Sicherheit, Gesetzgebung, Organisation usw.;
- Ausrichtung des Wasserverkehrs auf die Wasserrahmenrichtlinie und den Bewirtschaftungsplan für die Einzugsgebiete (River Basin Management Plan RBMP); Navigationsprojekte sollten ggfs. die Wasserrahmenrichtlinie, insbesondere Artikel 4 Absatz 7, berücksichtigen.

- Beitrag zu einem sichereren Verkehrsnetz, indem Rahmenrichtlinien verbessert und konkrete umweltfreundliche und nachhaltige Verkehrslösungen entwickelt werden. Außerdem sollen geeignete Fortbildungsmaßnahmen, Technologien und Berichtsinstrumente zur Verfügung gestellt werden, um nationale, regionale und lokale Kapazitäten zu schaffen und zu erhalten und um Erfahrungen und Wissen über effektive Straßensicherheitsprogramme zu kommunizieren;
- Förderung einer besseren Organisation öffentlicher Verkehrsverbindungen und anderer nachhaltiger Verkehrsträger in funktionellen städtischen und ländlichen Gebieten; Austausch und Weitergabe von Know-how und guter Praxis, um öffentliche Verkehrsverbindungen (z. B. durch Verkehrsgesellschaften) in funktionellen Räumen, das Mobilitätsmanagement, den öffentlichen Verkehr auf Anfrage, die Förderung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs, die E-Mobilität, die Straßensicherheit einschließlich Pilotinvestitionen besser organisieren zu können; Förderung der Investitionsvorbereitung in Mobilitätszentren und Busterminals; vorrangige Behandlung des Erreichbarkeitsthemas in ländlichen Räumen;
- Förderung der gemeinsamen Planung und Entwicklung städtischer, städteübergreifender und grenzüberschreitender Fahrradwege im Donaauraum; Förderung eines multimodalen Fahrradtourismus, der den zunehmenden Fahrradtourismus, insbesondere entlang Flüssen und infolge des E-Bike-Booms, bestmöglichst nutzt; Die Donau bietet die einzigartige Gelegenheit, den Fahrrad- und Schiffsverkehr miteinander zu kombinieren. Projekte können sich auf grenzüberschreitende Multimodalität einschließlich des Bahnverkehrs und der Bewältigung organisatorischer und gesetzlicher Hindernisse beziehen.
- Förderung der Erreichbarkeit ländlicher Räume, insbesondere jener, die vom demografischen Wandel betroffen sind.

Spezifisches Ziel 3.2: Verbesserte Energiesicherheit und Energieeffizienz

Energie ist ein typisches Thema, bei dem ein transnationaler Ansatz notwendig ist, um das nationale Angebot, die Integration auf dem Markt und eine effektivere Regionalplanung zu gewährleisten und gemeinsam die entscheidendsten Infrastrukturtrends zu ermitteln.

Die Donauländer (EU- und Nicht-EU-Mitgliedstaaten) sind zunehmend vom Import primärer Energiequellen, vor allem Gas und Öl, abhängig. Die Importe kommen häufig ausschließlich aus einer Quelle. Die nationale Erzeugung fossiler Brennstoffe (Öl, Gas, Kohle) und von Uran ist entweder unzureichend oder nimmt ab. Dagegen ist die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen im Allgemeinen unterentwickelt. Eine Ausnahme sind die westlichen Balkanstaaten, wo Wasserkraft eine bedeutende Rolle spielt, Österreich und Deutschland.

Die meisten Strom- und Heizkraftwerke in der Region sind veraltet, ineffizient und äußerst schadstoffreich. Ein großer Teil der Energietransport- und -verteilungsinfrastruktur der Region (Pipelines, Starkstromleitungen usw.) haben die Grenze ihrer Lebenserwartung erreicht oder sogar überschritten und müssen ersetzt werden.

Nur wenige Länder im Donaauraum beziehen einen erheblichen Anteil ihrer Energie aus erneuerbaren Energiequellen und effizienter Energienutzung.

Außerdem gibt es einen allgemeinen Mangel an Kooperation im Bereich Energie in den Donaoraumstaaten und keine existierenden funktionalen regionalen Energiemärkte.

Die meisten nationalen Energietransportnetze im Donauraum sind kaum untereinander verknüpft. Viele der Gasverbindungsleitungen gehen nur in eine Richtung (und erlauben keine umkehrbaren Energieflüsse), was die Versorgung gefährdet. Die Balkanländer des Donauraums weisen nach wie vor eine niedrige Energieeffizienz in allen Wirtschaftszweigen, von der Industrie bis hin zu einzelnen Haushalten, auf.

In Anbetracht dieser Herausforderungen sind weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die fachpolitische Koordinierung im Donauraum im Zusammenhang mit der Energiepolitik der EU zu verbessern.

Auch steckt der Donauraum noch in einem frühen Stadium des Einsatzes intelligenter Vertriebsnetze. Alle Regionen müssen einen erheblichen Teil der EFRE-Mittel in nachhaltige Energie, einschließlich erneuerbarer Energiequellen, Energieeffizienz und intelligenter Netze, investieren. Intelligente Netze sorgen für eine direkte Wechselwirkung und Kommunikation zwischen Verbrauchern, Haushalten oder Unternehmen, anderen Netznutzern und Energieversorgern. Weiterhin bilden intelligente Netze das Rückgrat eines in Zukunft dekarbonisierten Stromnetzes. Sie ermöglichen die Einbindung erneuerbarer Energiequellen und elektrischer Fahrzeuge und gewährleisten die Versorgung mit konventionellem Strom sowie die Eignung des Stromnetzes.

Energieerzeugung, -speicherung, -versorgung und -verbrauch bedeutet auch, einen Ausgleich zwischen zentralen (hoch konzentrierten) und dezentralen (kleinräumigen, kundennahen) Lösungen zu finden. Ein solcher Ausgleich zwischen zentralen und dezentralen Energiesystemen wäre wünschenswert.

Alles in allem sollen transnationale Maßnahmen folgende Ergebnisse haben:

- Bessere Verbreitung von Informationen und praktische Koordinierung der regionalen Energieplanung, um die Energieversorgung, die Energiespeicherung, die Diversifizierung von Energiequellen effektiver zu gestalten. Dazu gehört auch die Förderung sämtlicher erneuerbarer Energiequellen und einer höheren Energieeffizienz, um die Energiesicherheit zu erhalten.

Die folgenden indikativen Maßnahmenbeispiele sollen zum spezifischen Ziel 3.2 „Verbesserte Energiesicherheit und Energieeffizienz“ beitragen.

- Beitrag zur transnationalen Integration verschiedener Energienetze und Erforschung von Möglichkeiten zur Entwicklung einer gemeinsamen Energieinfrastruktur im Donauraum; Eine energetische Vernetzung des Donauraums ist für die Energiesicherheit von größter Bedeutung.
- Beitrag zur Schaffung intelligenter Netze im Donauraum, indem die Berücksichtigung intelligenter Netze in Fachpolitiken und gemeinsame Aktionspläne gefördert werden;
- Beitrag zu einer regionalen Energieplanung und -koordinierung von transnationaler Bedeutung im Donauraum und mit Blick auf die Energiepolitik der EU. Ziel ist es, Energiequellen zu diversifizieren und das Energieangebot sicherzustellen, die Berücksichtigung in Fachpolitiken zu verbessern und praxisorientierte Strategien und

Lösungen zu entwickeln, mit denen die Nutzung erneuerbarer Energiequellen (z. B. Biomasse, Wasserkraft, Solarenergie/Photovoltaik, geothermische Energie und Windenergie) mit den gegebenen Potentialen gesteigert werden kann; Verstärkte Aufmerksamkeit ist den Wasserkraftleitlinien („Hydropower Guiding Principles) der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau (IKSD) zu schenken, da sie direkten Bezug auf die Wasserrahmenrichtlinie nehmen;

- Unterstützung einer praxisorientierten, transnational koordinierten Entwicklung von Energieeffizienzkonzepten;
- gemeinsame Förderung einer umfassenden Raumordnung, um die Produktions- und Verteilungskapazitäten angemessen einzusetzen;
- Förderung der Entwicklung von Humanressourcen und des Austausches entsprechender Kenntnisse und Erfahrungen zur Begleitung der fachpolitischen und technologischen Entwicklung.

Prioritätsachse 4: Gut verwalteter Donauraum

Spezifisches Ziel 4.1: Verbesserte institutionelle Möglichkeiten, um gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen

Dieser Bedarf beruht auf der Erkenntnis, dass die Kapazitäten von Behörden und anderen öffentlichen und bürgerschaftliche Akteuren weiterzuentwickeln sind, damit die wichtigsten Herausforderungen für die Region effektiver gehandhabt werden können. Der Mangel an abgestimmten und koordinierten Ansätzen für einen effektiven Umgang mit den wichtigsten Herausforderungen erfordert Maßnahmen auf transnationaler Ebene. Wie im Zusammenhang mit Herausforderungen in den Bereichen Migration, demografischer Wandel oder Inklusion von Randgruppen beschrieben, gehört die Gruppe der Roma im nächsten Jahrzehnt zu den prioritären Themen in der Region.

Es besteht ein Bedarf an Projekten oder Initiativen, welche eine Zusammenarbeit in neuen Politikbereichen wie z. B. Initiativen mit katalytischer Funktion, in Gang setzen. Institutionen sollten in die Lage versetzt werden, als intermediäre Stellen und Gesprächspartner zu dienen und so Möglichkeiten zu eröffnen. Dies ist für den Programmraum von besonderem Interesse, da es ausgeprägte Unterschiede in den Verwaltungssystemen gibt und die Entwicklung von Partnerschaften in einem transnationalen und mehrstufigen Governancesystem eine Herausforderung bleibt.

Ein anderer wichtiger Aspekt ist die Förderung der Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen größere gesellschaftliche Herausforderungen mittel- oder langfristig anstehen. In Politikbereichen, in denen die Zusammenarbeit in einem frühen Stadium ist, kann die Entwicklung gemeinsamer Perspektiven auf der Grundlage von Datenanalysen als erster Meilenstein betrachtet werden. Eine fortgeschrittene Zusammenarbeit führt zu Kapazitätsaufbau, gegenseitigem Lernen und zur Entwicklung von Strategien sowie Pilotmaßnahmen, wichtige Elemente auf dem Weg zu nachhaltiger Zusammenarbeit und neuen institutionellen Strukturen.

Transnationale Aktivitäten fördern die Zusammenarbeit nationaler, regionaler und lokaler Institutionen und anderer Akteure in Bereichen, die in besonderem Maße zu den Programmzielen beitragen. Institutionelle Zusammenarbeit sollte helfen, gesetzliche und fachpolitische Rahmenwerke zu verbessern, Strategien und Aktionspläne zu entwickeln, gemeinsame Möglichkeiten und koordinierte Dienstleistungen in Bereichen zu entwickeln, die große gesellschaftliche Herausforderungen mit sich bringen. Ein institutioneller Kapazitätsaufbau ist vor allem wichtig für die Arbeitskräfteentwicklung in weniger entwickelten Ländern.

Demnach sollten so viele fähige institutionelle Akteure wie möglich zusammenarbeiten. Auch sollte die niedrigste Verwaltungsebene eines Landes (die Gemeinden) eingebunden und die lokale Entwicklung in die transnationale Zusammenarbeit integriert werden.

Insgesamt werden folgende wichtigsten Ergebnisse angestrebt:

- bessere Kapazitäten öffentlicher Institutionen und von Akteuren, um wichtige gesellschaftliche Herausforderungen in folgenden Gebieten zu bewältigen: Arbeitsmarktpolitik, Bildungssysteme und –politik, demografischer Wandel und Migration, Inklusion von Minderheiten und Randgruppen, partizipatorische Planungsprozesse und Einbindung der Zivilgesellschaft, Stadt-Land-Zusammenarbeit und -Partnerschaft, Zusammenarbeit zu Sicherheits-, Justiz- und Verwaltungsfragen.

Transnationale Aktivitäten sollten zu einem konkreten institutionellen Kapazitätsaufbau und besseren politischen Instrumenten führen. Es soll ein mehrstufiges und transnationales Regierungshandeln ermöglicht werden, indem Instrumente, Prozesse, Akteure, Organisationen und Schnittstellen im Zusammenhang mit öffentlichen Institutionen entworfen, getestet, erweitert, verglichen und bewertet werden. Nicht zuletzt sollten transnationale Aktivitäten durch Monitoring- und Evaluationsinitiativen auch Hinweise auf die Relevanz, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der oben genannten Ergebnisse liefern.

Die folgenden Maßnahmentypen können im Rahmen des spezifischen Ziels 4.1 „Verbesserte institutionelle Möglichkeiten, um gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen“ gefördert werden

Entwicklung gemeinsamer Leitlinien, Rahmen und Strategien, Entwicklung und Umsetzung transnationaler Tools und Dienstleistungen, Vorbereitung transnationaler Investitionen, Pilotaktivitäten einschließlich kleinräumiger Investitionen, Entwicklung und Umsetzung von Weiterbildungsmaßnahmen und Kapazitätsaufbau, Begleitinformationen, Verbreitungs- und Werbemaßnahmen:

- Förderung des Austausches und Transfers von Wissen und Best Practices zu **Arbeitsmarktstrategien** zwischen Arbeitsmarkteinrichtungen und Sozialpartnerorganisationen im Donauraum, u. a. zu den Themen Arbeitsmarktgesetzgebung, soziale Partnerschaften/sozialer Dialog, Kooperationsmodelle zwischen öffentlichen Beschäftigungsdienstleistungen- und -unternehmen, Jugendarbeitslosigkeit, um die Beteiligung am Arbeitsmarkt zu erhöhen und Arbeitsmarktungleichgewichte zwischen Kompetenzen und Arbeitsplatzangeboten (brain waste) zu beseitigen. Gemeinsame Maßnahmen zur Wiedereingliederung benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt sind zu unterstützen.
- Förderung institutioneller Kapazitäten und Rahmenbedingungen zur Umsetzung von **Bildungssystemen und -politiken** (einschl. aktiver Arbeitsmarktpolitiken). Ziel soll sein, das Bildungs- und Qualifikationsniveau zu steigern und somit die Chancen auf Arbeitsplätze im Donauraum zu verbessern. Der Bereich Aus- und Weiterbildung bietet viele Möglichkeiten zur transnationalen Zusammenarbeit mit (potentiellen) EU-Kandidaten und ENI-Ländern: Verbesserung von Wissen, Kenntnissen und Kompetenzen sämtlicher Personengruppen (u.a. Jugendlicher, niedrig qualifizierter Erwachsener usw.) und auf allen Aus- und Weiterbildungsebenen zur Verbesserung von Beschäftigungs- und Anpassungsfähigkeit (z. B. Entwicklung innovativer Lernmethoden, Umgebungen und Bildungsprogramme/-lehrpläne, Verbesserung der Attraktivität und Qualität von Berufsaus- und weiterbildung sowie dualer und anderer berufsbegleitender Lernsysteme, Umsetzung von Strategien zu lebenslangen Lernen, Förderung des Unternehmertums, digitale und Sprachkenntnisse, Weiterbildungsmöglichkeiten für niedrig qualifizierte Erwachsene usw.);
- Förderung der gemeinsamen Entwicklung und Verbesserung von Strategien und innovativen Lernsystemen, die sich mit dem **demografischen Wandel und Migrationsproblemen** beschäftigen; Verbesserung des Humankapitals durch Bildung, um einen Ausgleich für den von Experten vorausgesagten, unvermeidbaren demografischen Abstieg zu schaffen; Aufgrund zunehmender Migrationstendenzen ist dazu ein transnationaler Ansatz

erforderlich. Eine geschlechtsspezifische Perspektive wurde notwendig, da die Humankapitalentwicklung geschlechtsspezifische Elemente enthält und die Gleichstellung der Geschlechter im Bereich Bildungsstand im Donauraum unter dem EU-Durchschnitt liegt.

- Förderung des Austausches und Transfers von Know-how und Best Practices zu **sozialen Integrationspolitiken** zwischen z. B. Arbeitsmarkteinrichtungen und sozialen Partnerorganisationen im Donauraum; Im Detail geht es dabei um die Integration von Rand- und Problemgruppen wie den Roma. Die Gruppe der Roma befindet sich in allen Donauländer in einer ähnlichen Situation. Letztere bieten ein großes Potential für transnationale Zusammenarbeit und die Entwicklung spezifischer Instrumente, Methoden, Strategien und Maßnahmen.
- Verbesserung gemeinsamer Strategien und Instrumente, um den **partizipatorischen Planungsprozess und die Einbindung der Zivilgesellschaft** in den Übergangsländern zu stärken. So soll deren Entwicklung gefördert werden.
- Stärkung der Zusammenarbeit von **Städtenetzen und Stadt-Land-Partnerschaften**; Verbesserung der Qualität und Wirksamkeit der strategischen Planung funktionaler grenzüberschreitender Räume (z. B. günstigere Zusammensetzung von Partnerschaften, bessere Mobilisierung finanzieller Ressourcen, Verbesserung partizipativer Prozesse, Entwicklung gemeinsamer Planungstools und Datenbanken, Förderung der Bewertung von Interventionen);
- Förderung einer besserern Zusammenarbeit der öffentlichen Verwaltung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene;
- Förderung **gesunder lokaler Gemeinden** auf der Grundlage gesunder Städte und dem Konzept gesunder Gemeinden; Um moderne soziale Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen zu schaffen, könnten bestehende zivilgesellschaftliche Netzwerke mit langfristigen Beziehungen im Donauraum genutzt werden, um Projekte vor Ort wirksam anzusiedeln.

Spezifisches Ziel 4.2: Beitrag zur Steuerung und Umsetzung der EU-Donauraumstrategie

Basierend auf ersten Erfahrungen mit der Steuerung der EU-Donauraumstrategie entstand die Notwendigkeit, deren Steuerung noch effektiver zu gestalten.

Die Notwendigkeiten entstanden in den folgenden Bereichen:

Das Ziel der Strategie, strategiebezogene Projektvorschläge zur Förderung von Institutionen zu liefern, ist weiterhin zu verfolgen. Es wurde eine Finanzbedarf ermittelt, der die Entwicklung von Projektideen und –vorschlägen fördern soll bis sie die notwendigen Voraussetzungen für Investitionsentscheidungen erfüllen.

Bis Ende 2014 haben EP/COM eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der Koordinierungs- und Verwaltungsaufgaben der „Priority Area Coordinators (PACs)“ (Schwerpunktkoordinatoren) im Rahmen des Programms gespielt, indem sie deren Budget unmittelbar bewilligt haben. Da sich weder Bedeutung noch Umfang der Aktivitäten der PACs ändern sollen, besteht ein klarer Bedarf nach einer

stabilen Quelle zur Förderung der Aktivitäten der Schwerpunktbereiche im Rahmen des laufenden Kooperationsprogrammes, damit deren Ziele erreicht werden.

Ein besserer Informationsfluss zwischen den Akteuren der EU-Donauraumstrategie ist erforderlich und gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, PACs und „National Coordinators (NCs)“ (nationale Koordinatoren) strategisch besser zu positionieren.

Alles in allem sollen transnationale Maßnahmen folgende Ergebnisse haben, um diese Bedarfe zu decken:

- eine effektivere Umsetzung von Koordination und Strategien in allen Schwerpunktbereichen der EU-Donauraumstrategie durch eine Stelle, welche direkt die Steuerung der EU-Donauraumstrategie unterstützt;
- erhöhte Kapazitäten in den Regionen zur Entwicklung komplexer strategischer transnationaler Projekte, welche die EU-Donauraumstrategie fördern, indem eine Seed Money Facility/Projektentwicklungsförderstelle eingerichtet wird;
- eine bessere Umsetzung der EU-Donauraumstrategie durch Einrichtung eines „EUSDR Strategy Point“, um den Informationsfluss zwischen den Hauptakteuren der EU-Donauraumstrategie zu verbessern;
- erhöhte Kapazitäten der PACs, um die EU-Donauraumstrategie über den "Strategy Point" umsetzen und kommunizieren zu können;
- Durch Kombination dieser Maßnahmen soll eine bessere Gesamtkoordinierung und -umsetzung der EU-Donauraumstrategie erreicht werden.

Die folgenden Maßnahmentypen können im Rahmen des spezifischen Ziels 4.2 „Beitrag zur Steuerung und Umsetzung der EU-Donauraumstrategie“ gefördert werden

- **Einrichtung einer Stelle für die unmittelbare Unterstützung der Steuerung der EU-Donauraumstrategie** Die Donauraumstrategie befasst sich mit einer Reihe von Fragen. Diese werden in vier Pfeiler und elf Schwerpunktbereiche unterteilt. Die elf Schwerpunktbereiche der Donauraumstrategie werden von zwei „Priority Area Coordinators (PACs)“ verwaltet. Aufgabe der PACs ist die Umsetzung der Schwerpunktbereiche. Sie wurden von der Europäischen Kommission im Februar 2011 geschaffen. Ziel dieses Prioritätselementes ist es, langfristig eine stabile Förderquelle für die Prioritätsachse bereitzustellen. Schwerpunkt des Programms ist es, den PACs Instrumente bereitzustellen, damit sie ihre koordinierende Rolle effektiver erfüllen können.
- **Einrichtung einer Seed Money Facility/Projektentwicklungsförderstelle (Fonds)** Im Rahmen der Themenbereiche der Strategie gewährt dieses Instrument strategischen Projekten Unterstützung. Finanzhilfen in kleinem Umfang stehen für strategierelevante Projektideen zur Verfügung, unabhängig davon, ob das entwickelte Projekt selbst mit nationaler, EU-Mainstream, transnationaler oder grenzüberschreitender Förderung oder mittels eines anderen öffentlichen oder privaten Investors oder öffentlich-privater Partnerschaft finanziert wird.
- **Einrichtung eines „Danube Strategy Point“** Es wird vorgeschlagen, dass der "Danube Strategy Point" von der Verwaltung des transnationalen Donauraumprogramms unabhängig

bleibt. Entscheidungen über Standort, Aktivitätsplan, Aktivitäten, Finanzierung und Organisation des "Strategy Point" sollten jedoch von allen Beteiligten getroffen werden. Die Hauptaufgaben des "Danube Strategy Point" sind folgende: 1) Förderung der Umsetzung der EU-Donauraumstrategie einschließlich Vernetzungsförderung, Organisation von Veranstaltungen und horizontaler Aktivitäten, Bereitstellung einer Plattform zur Einbindung der Zivilgesellschaft, der regionalen Ebene und des Mehrebenensystems; 2) Förderung der Kommunikation, u.a. Zusammenstellung und Verbreitung von Informationen, Management von Kommunikations- und Werbeinstrumenten sowie Unterstützung der PACs bei ihren Kommunikationsaktivitäten; 3) Unterstützung bei Monitoring- und Bewertungsaktivitäten sowie evidenzbasierter Entscheidungsfindung; 4) Hilfe bei der Anbindung der Donauraumstrategie an das transnationale Donauraumprogramm, u.a. Förderung des Informationsaustausches zwischen dem Donauraumprogramm, NCs und PACs, Organisation der regulären Kommunikation zwischen Monitoring Committee, gemeinsamem Sekretariat und einschlägigen Akteuren der Donauraumstrategie, Koordinierung der Kommunikationsaktivitäten zwischen gemeinsamem Sekretariat und „Strategy Point“.

